

Mitteilung
des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission

Schreiben des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 13. Dezember 2011
Az.: 2-2230.4/12:

Nach § 34 Absatz 2 des Finanzausgleichsgesetzes dient die Gemeinsame Finanzkommission der Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung vor Entscheidungen über den kommunalen Finanzausgleich. Sie legt dem Landtag Empfehlungen zur vertikalen Finanzverteilung vor.

Anbei übersende ich Ihnen den Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission vom 24. Oktober 2011 als Grundlage für die Beratung und Entscheidung über die im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2012 von der Landesregierung vorgeschlagene Änderung der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen.

Dr. Nils Schmid
Minister für Finanzen und Wirtschaft

Bericht
der
Gemeinsamen Finanzkommission
zur Gewährleistung des
prozeduralen Schutzes der
kommunalen Selbstverwaltung
vom 24. Oktober 2011

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. ABSCHNITT – ALLGEMEINER TEIL	3
1. ENTSCHEIDUNG DES STAATSGERICHTSHOFS	3
2. ZUSAMMENSETZUNG DER KOMMISSION	3
3. AUFGABEN	3
4. BERATUNGSGEGENSTAND	3
II. ABSCHNITT – EMPFEHLUNGEN	4
III. ABSCHNITT – DARSTELLUNG DER FINANZENTWICKLUNG VON LAND UND KOMMUNEN	4
1. EINNAHMEN	4
2. GESAMTAUSGABEN	6
3. FINANZIERUNGSSALDO	7
4. SCHULDENSTAND	8
5. PROGNOSE	9
ANHANG	9

I. Abschnitt – Allgemeiner Teil

1. Entscheidung des Staatsgerichtshofs

Der Staatsgerichtshof hat mit Urteil vom 10. Mai 1999 festgestellt, dass es vor Entscheidungen über den kommunalen Finanzausgleich eines verfahrensrechtlichen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie bedarf.

Nach § 34 FAG richten Land und Kommunen eine Gemeinsame Finanzkommission ein. Sie dient der Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung vor Entscheidungen über den kommunalen Finanzausgleich.

2. Zusammensetzung der Kommission

Nach § 34 Abs. 1 FAG setzt sich die Kommission aus je drei stimmberechtigten kommunalen und staatlichen Vertretern zusammen. Ihr gehören an:

- Als staatliche Vertreter
Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid MdL (Vorsitz),
Ministerialdirigent Jochimsen, Innenministerium Baden-Württemberg,
Staatssekretär Murawski, Staatsministerium Baden-Württemberg.
- Als kommunale Mitglieder
Präsident Kehle, Gemeindetag Baden-Württemberg,
Präsident Landrat Jahn, Landkreistag Baden-Württemberg,
Präsidentin Oberbürgermeisterin Bosch, Städtetag Baden-Württemberg.

Geschäftsstelle der Kommission ist das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg. Die Geschäftsführung liegt bei Ministerialrat Dahlinger und Ministerialrat Kürtz.

3. Aufgaben

Die Kommission hat die Grundlagen für einen aufgabengerechten vertikalen Finanzausgleich unter Berücksichtigung der Gleichrangigkeit der Aufgaben und der Leistungsfähigkeit des Landes nachvollziehbar zu ermitteln. Dazu sind die Finanzentwicklung des Landes und der Kommunen anhand nachvollziehbarer Vergleichsmaßstäbe und Referenzzeiträume darzustellen, diese Entwicklung sowie die Vorschläge zur Änderung der Finanzverteilung zu bewerten und dem Landtag und der Landesregierung eine Empfehlung dazu vorzulegen.

Die Kommission gibt auch Empfehlungen zur Verteilung des Kommunalen Investitionsfonds.

4. Beratungsgegenstand

Die Kommission hat folgende Themen beraten:

- Änderung der Finanzverteilung
- Aufteilung des Kommunalen Investitionsfonds im Jahr 2012.

II. Abschnitt – Empfehlungen

Die Kommission hat einstimmig folgende Empfehlungen gebilligt:

1. Änderung der Finanzverteilung

Der kommunale Finanzausgleich wird im Jahr 2012 um 365 Mio. € gekürzt. Über die weitere Entwicklung für die Jahre ab 2013 wird im Jahr 2012 entschieden.

Die Zuweisungen an die Stadt- und Landkreise für die Schülerbeförderungskostenersatzung werden um 20 Mio. € auf 190 Mio. € erhöht.

2. Kommunalen Investitionsfonds

Die staatlichen Vertreter der Kommission stimmen dem Vorschlag des Finanz- und Wirtschaftsministeriums zur Verteilung des Kommunalen Investitionsfonds im Jahr 2012 (vgl. Anhang Tabelle 6) zu.

Die kommunalen Vertreter lehnen eine Erhöhung des Kommunalen Investitionsfonds zulasten der Kommunalen Investitionspauschale ab. Zur Verbesserung der Krankenhausfinanzierung fordern sie die Bereitstellung von zusätzlichen Landesmitteln. Im Übrigen bestehen gegen die Verteilung keine Einwendungen.

III. Abschnitt – Darstellung der Finanzentwicklung von Land und Kommunen

Die Kommission hat sich auf ein einheitliches Datenraster für die Darstellung der Finanzentwicklung von Land und Kommunen verständigt. Es beinhaltet die Entwicklung der Einnahmen sowie der wesentlichen Ausgabenblöcke und anderer Kennzahlen für das Land und die Kommunen. Die Datenübersichten im Anhang in den Tabellen 1 bis 5 wurden den Beratungen zugrunde gelegt.

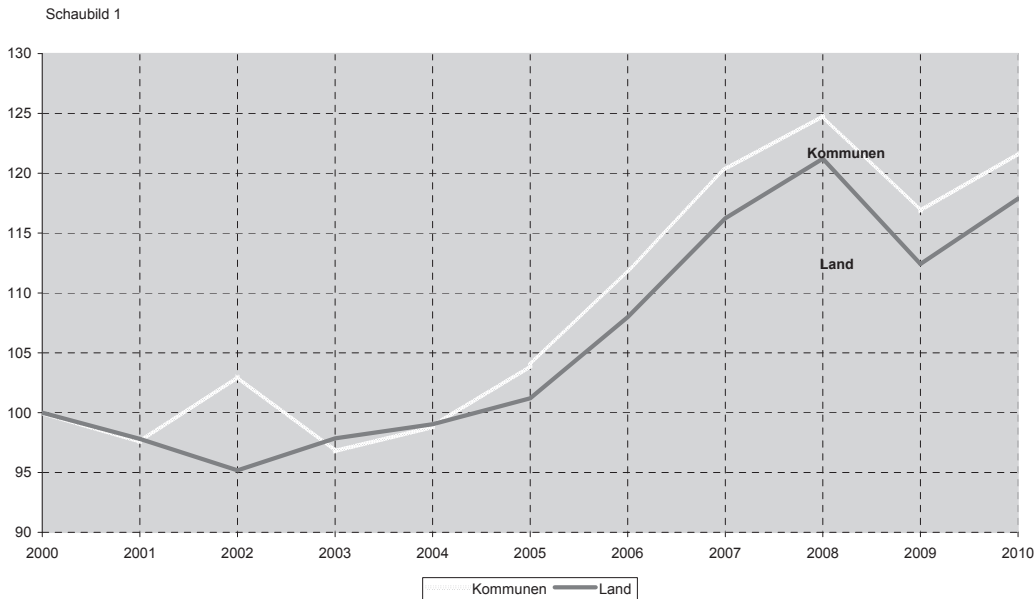
Die im Wesentlichen aus der Finanzstatistik entnommenen Daten sind teilweise durch Sonderentwicklungen beeinflusst, auf die weitmöglichst durch Fußnoten in den Tabellen hingewiesen wird. Soweit bei einzelnen Finanzdaten Besonderheiten zu berücksichtigen sind, wird bei der nachfolgenden Darstellung darauf eingegangen.

Die Finanzdaten zeigen für das Land und die Kommunen folgende Entwicklungen:

1. Einnahmen

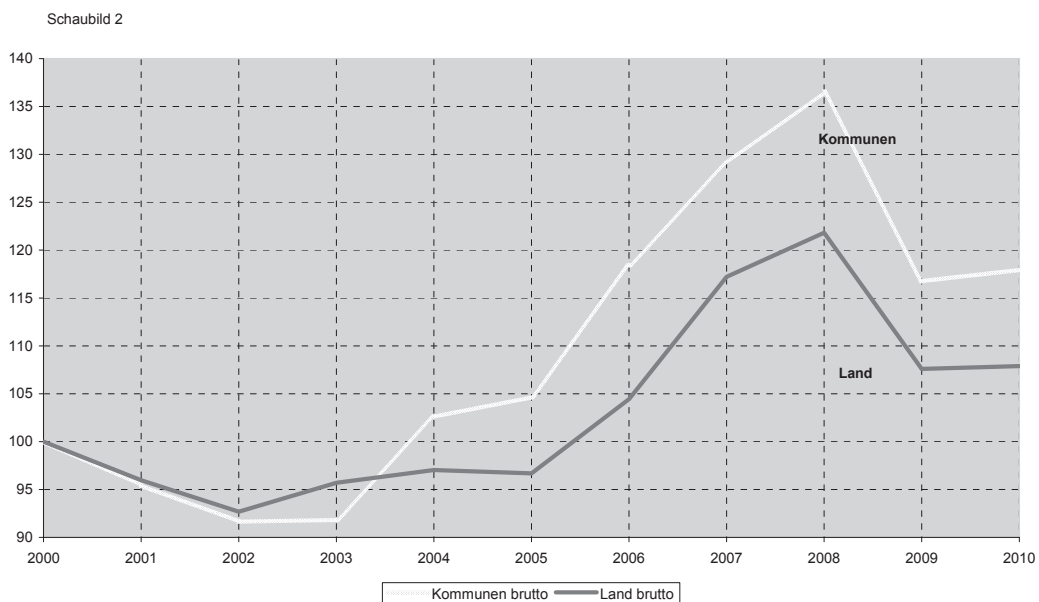
Die Gesamteinnahmen des Landes haben sich ähnlich wie die der Kommunen entwickelt. Sie sind in den letzten zehn Jahren (2000 bis 2010) um durchschnittlich jährlich 1,7% gestiegen, die der Kommunen haben sich um 2,0% erhöht. Die Gesamtsteigerung betrug in dieser Zeit 17,9% beim Land bzw. 21,7% bei den Kommunen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise führte 2009 zu einem deutlichen Einnahmerückgang bei Land und Kommunen. Im Jahr 2010 konnten Land und Kommunen einen Einnahmezuwachs von 4,8 bzw. 4,2% verbuchen.

Entwicklung der Gesamteinnahmen von Land und Kommunen

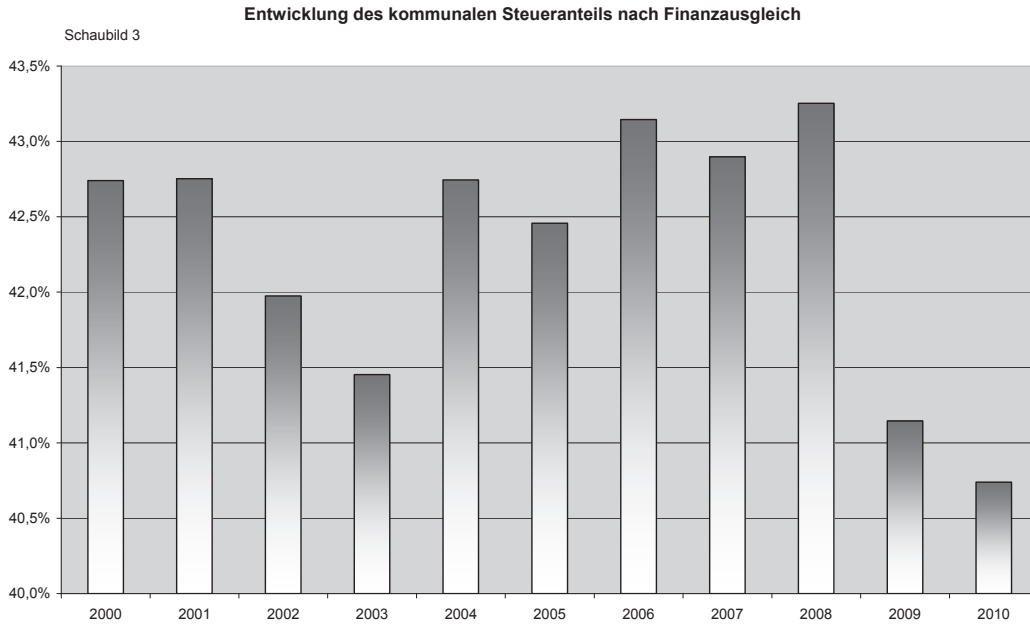


Der Landeshaushalt ist in stärkerem Umfang von den Steuereinnahmen abhängig als die Kommunalhaushalte. Der Anteil der Steuereinnahmen (vor Finanzausgleich) an den Gesamteinnahmen beläuft sich beim Land auf rd. 71 %, bei den Kommunen dagegen nur auf 43 %. Wie das Schaubild 2 zeigt, haben sich die Steuereinnahmen bis 2002 weitgehend gleich entwickelt. Ein Anstieg der Gewerbesteuererinnahmen führte dazu, dass die kommunalen Steuern ab 2003 deutlich stärker gestiegen sind als die des Landes. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre liegt der jährliche Zuwachs beim Land mit 0,8 % deutlich unter dem der Kommunen (1,7%). Die Finanz- und Wirtschaftskrise führte beim Land 2009 zu einem Steuerrückgang von 11,7%. Die kommunalen Steuereinnahmen sanken mit -14,5% noch stärker. Hierfür war insbesondere die Gewerbesteuer mit einem Minus von 23 %, maßgeblich. Die kreisangehörigen Gemeinden hatten 2009 ein Gewerbesteuerückgang von 32 %. 2010 konnten Land (+0,3 %) und Kommunen (+1 %) wieder einen leichten Steuerzuwachs verbuchen.

Entwicklung der Steuereinnahmen (brutto) von Land und Kommunen



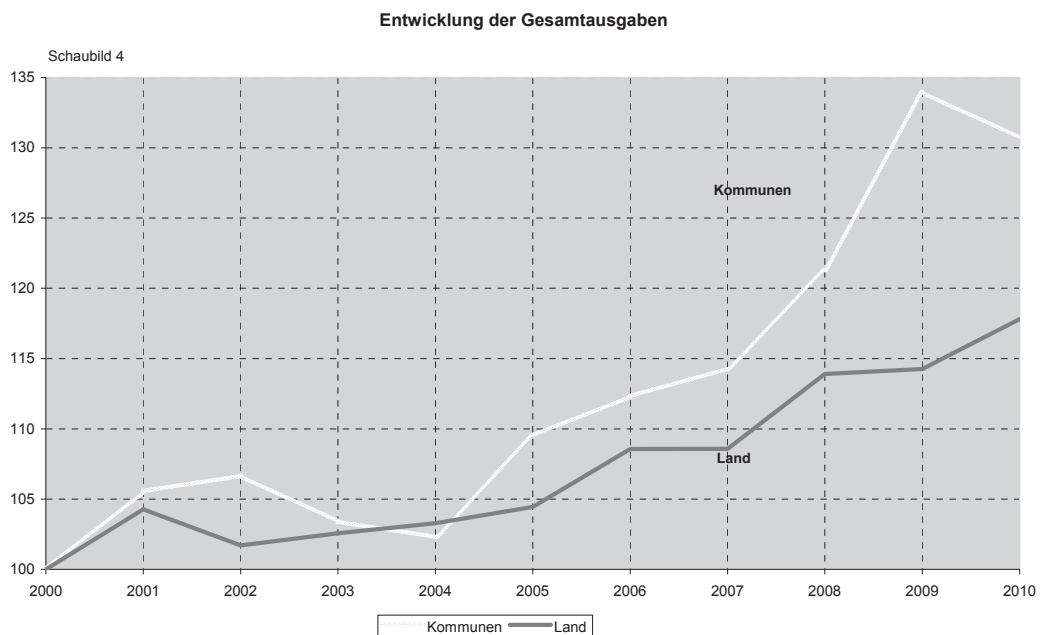
Unter Berücksichtigung der Finanzausgleichsleistungen veränderte sich der Anteil von Land und Kommunen an den Gesamtsteuereinnahmen in den letzten zehn Jahren in einer Bandbreite von 2,6 Prozentpunkten. Der kommunale Anteil bewegte sich zwischen 40,7% und 43,3%. Bei den niedrigen Werten der Jahre 2009 und 2010 spiegeln sich insbesondere die eingebrochenen Gewerbesteuererinnahmen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise wider (Schaubild 3).



Die Entwicklung der Steuerverteilung zwischen Land und Kommunen seit 1970 ist im Anhang in Tabelle 5 dargestellt.

2. Gesamtausgaben

Die Gesamtausgaben des Landes weisen in den letzten 10 Jahren eine deutlich geringere Dynamik auf als die der Kommunen. Die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate liegt im Zeitraum 2000 bis 2010 beim Land bei 1,7%, bei den Kommunen bei 2,7%.



Die unmittelbaren *Personalausgaben* des Landes betragen 2000 wie auch 2010 rd. 39 % der Gesamtausgaben. In den Kommunalhaushalten liegt der unmittelbare Personalkostenanteil nur bei etwa 26 %. In den letzten 10 Jahren sind die kommunalen Personalausgaben mit durchschnittlich 2,6 % stärker gestiegen als die des Landes (+1,7 %)

Die *Versorgungsausgaben* des Landes sind weiter stark angewachsen. Sie lagen im Jahr 2010 mit 4 Mrd. € um 74 % über denen des Jahres 2000. Die kommunalen Versorgungsausgaben betragen im Jahr 2010 rd. 872 Mio. €, 50 % mehr als im Jahr 2000. Der Anteil der Versorgungsausgaben an den Gesamtausgaben liegt beim Land im Jahr 2010 bei 11 % und bei den Kommunen bei 3 %. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Beamten in den Kommunen sehr viel niedriger liegt als beim Land.

Die ständige Zunahme der Staatsverschuldung hat trotz günstiger Zinsentwicklung dazu geführt, dass die *Zinsausgaben* des Landes im Jahr 2010 rd. 18 % höher sind als im Jahr 2000. Der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben hat sich dennoch in den letzten 10 Jahren minimal von 5,3 % auf 5,1 % reduziert.

Bei den Kommunen sind die Zinsausgaben im Jahr 2010 rd. 39 % geringer als im Jahr 2000. Der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben hat sich in dieser Zeit mehr als halbiert und beträgt im Jahr 2010 rd. 1,0 %.

In den kommunalen Haushalten sind die *Sozialausgaben* ein bedeutender Ausgabeposten. In den letzten 10 Jahren weist diese Ausgabeposition regelmäßig steigende Zuwachsraten auf. Die Sozialausgaben sind 2010 brutto gegenüber dem Vorjahr um 5,7 % und in den letzten 10 Jahren um rd. 57 % gestiegen. Sie betragen 2010 an den Gesamtausgaben rd. 17 %.

Die *Sachinvestitionen* nehmen in den kommunalen Haushalten einen deutlich höheren Anteil an den Gesamtausgaben in Anspruch als im Landeshaushalt. Sie unterliegen jedoch größeren Schwankungen. Sie lagen in den kommunalen Haushalten 2009 bei rd. 19 % und 2010 bei rd. 15 %. Beim Land lagen diese in den selben Jahren bei 2,2 % bzw. 2,4 %.

Die *Finanzausgleichsmasse* ist in den letzten 10 Jahren – trotz Konsolidierungsbeitrag – jährlich um durchschnittlich 2,2 % gestiegen. Werden die Leistungen des Landes um Ausgleichsleistungen für Aufgabenveränderungen bereinigt, so liegen die Nettoleistungen an die Kommunen (Leistungen abzüglich der von den Kommunen zu zahlenden Finanzausgleichsumlage) im Jahr 2010 um 3 % über denen des Jahres 2000.

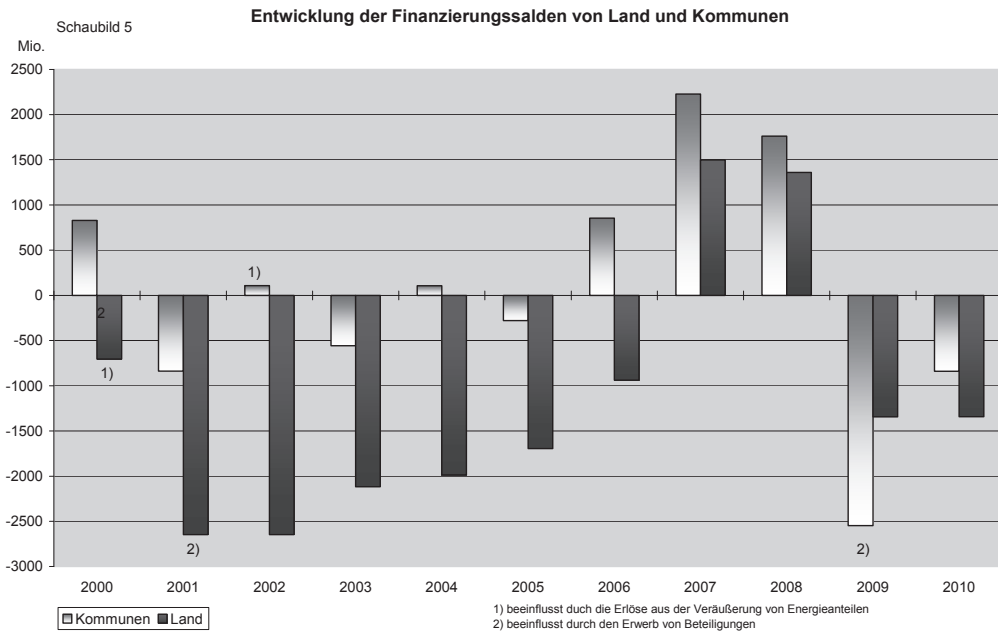
3. Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo bilanziert die Einnahmen und die Ausgaben, bereinigt um haushaltstechnische Verrechnungen, Rücklagenbewegungen, veranschlagte Fehlbeträge/Überschüsse aus Vorjahren und die Kreditfinanzierung. Die unterschiedlichen haushaltsrechtlichen Vorschriften für das Land und die Kommunen fallen insoweit nicht ins Gewicht. Der Finanzierungssaldo zeigt, wie weit die Ausgaben die eigenen Einnahmen ohne Kreditaufnahmen unter- oder überschreiten. Negative Finanzierungssalden über längere Zeiträume dokumentieren die permanente Unterdeckung des Haushalts.

Das Land hatte in den letzten zehn Jahren regelmäßig deutlich höhere Finanzierungsdefizite als die Kommunen. Das einmalige größere Finanzierungsdefizit der Kommunen im Jahr 2009 ist auf Sonderfaktoren (Erwerb von Beteiligung durch eine Stadt) zurückzuführen.

Die Finanzierungssalden summieren sich in den Jahren 2000 bis 2010 für das Land auf ein Defizit von insgesamt rd. 13 Mrd. €, während die Kommunen im gleichen Zeitraum einen Finanzierungsüberschuss von rd. 1 Mrd. € erwirtschaften konnten. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in den Kommunen sehr unterschiedliche Möglichkeiten bestehen, Haushaltsdefizite über Vermögensveräußerungen zu kompensieren.

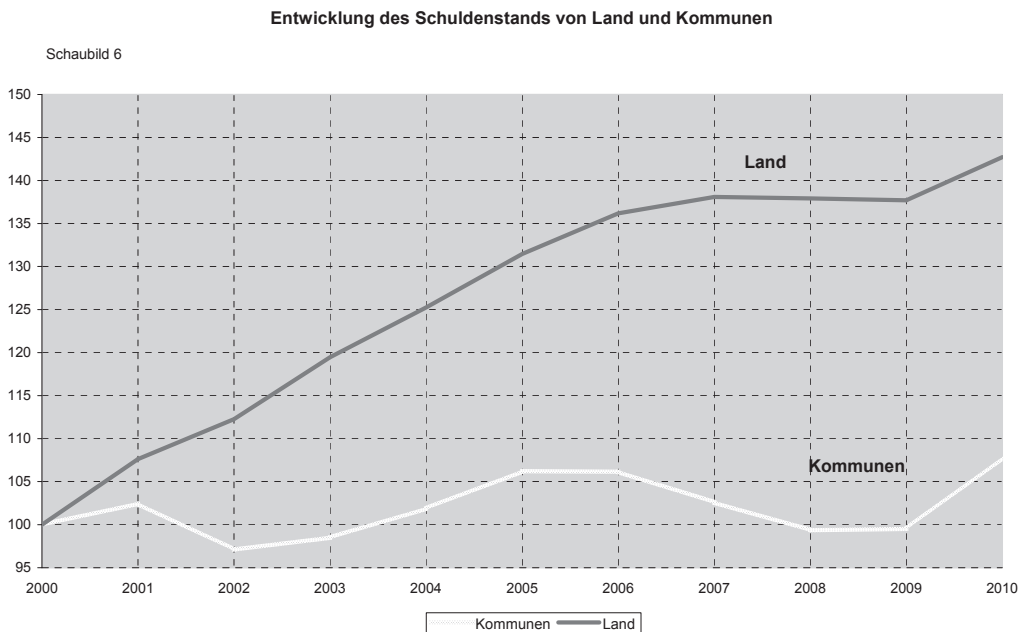
In Schaubild 5 sind die Ergebnisse um die Sonderentwicklungen beim Land in den Jahren 2000 und 2001 sowie bei den Kommunen in den Jahren 2001, 2002 und 2009 nicht bereinigt.



4. Schuldenstand

Der Schuldenstand des Landes ist seit jeher höher als der der Kommunen. Das Land hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich stärker verschuldet als die Kommunen. Nur im Jahr 2010 ist der Schuldenstand der Kommunen stärker gestiegen als der des Landes.

Ende 2010 war der Schuldenstand des Landes mit rd. 45 Mrd. € mehr als dreimal so hoch wie der der Kommunen mit rd. 14 Mrd. €. Das Land ist je Einwohner mit 4.239 € verschuldet, die Kommunen (einschließlich Eigenbetriebe) mit 1.286 €.



Sowohl bei den Kommunen wie auch beim Land sind jedoch zahlreiche Ausgliederungen von Aufgaben auf andere Rechtsträger erfolgt. Die vergleichende Darstellung zeigt somit nicht das gesamte Bild der Verschuldung von Kommunen

und Land in Baden-Württemberg auf. Hinsichtlich der Entwicklung des Schuldenstands gilt der Hinweis auf die Sonderentwicklungen beim Land und den Kommunen, wie zuvor beim Finanzierungssaldo, entsprechend.

5. Prognose

Die gute wirtschaftliche Entwicklung führt bei Land und Kommunen in 2011 zu weiter steigenden Steuereinnahmen.

Durch die gute Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen sowie die stufenweise Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund wird sich die Finanzsituation der Kommunen im Land spürbar verbessern. So sind die für die kommunalen Haushalte wichtigen Gewerbesteuereinnahmen (netto) im 1. Hj. 2011 gegenüber dem Vorjahreshalbjahr um rd. 800 Mio. € bzw. 44,57 % auf 2,6 Mrd. € gestiegen. Die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund wird bei den Kommunen zu Entlastungen von 120 Mio. € in 2012, 270 Mio. € in 2013 und 400 Mio. € in 2014 führen.

Für 2011 wird erwartet, dass die Kommunen einen ausgeglichenen Finanzierungssaldo erreichen. Demgegenüber rechnet das Land sowohl in 2011 als auch in 2012 noch mit einem negativen Finanzierungssaldo.

Auf Basis der Steuerschätzung vom Mai 2011 werden die Nettosteuererinnahmen der Kommunen 2011 und 2012 stärker steigen als die des Landes. Bei Kürzung um 405 Mio. € 2011 und 365 Mio. € 2012 beträgt die Steigerung bei den Kommunen gegenüber dem Vorjahr in 2011 4,3 % und in 2012 6,5 %, die des Landes in 2011 1,2 %, in 2012 3,4 %.



Entsprechendes gilt für die Entwicklung des Nettosteueranteils von Land und Kommunen. Der Anteil der Kommunen wird sich von 40,7% im Jahr 2010 auf 41,5% im Jahr 2011 und auf 42,2% im Jahr 2012 erhöhen.

Anhang

Tabellen 1 bis 4 – Finanzdaten

Tabelle 5 – Steuerverteilung

Tabelle 6 – Verteilung des Kommunalen Investitionsfonds im Jahre 2012

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft
Baden-Württemberg

Tabelle 1

Finanzlage des Landes 2000 - 2010 ⁽¹⁾

	in Mio. EUR				aufgelaufene Summe im Zehnjahres- zeitraum 2001-2010
	2000	2008	2009	2010	
	1. Gesamteinnahmen (ohne bes. Finanzierungsvorgänge)	29.560	35.833	33.234	
2. Gesamtausgaben (ohne bes. Finanzierungsvorgänge)	30.264	34.472	34.578	35.654	--
2.1. Personalausgaben	11.861	13.058	13.587	14.022	--
2.2. Zinsausgaben	1.606	1.866	1.601	1.830	--
2.3. Sachinvestitionen und Erwerb von Beteiligungen	1.261	644	773	860	19.468
2.4. Länderfinanzausgleich ⁽²⁾	1.957	2.499	1.488	1.694	--
2.5. Nettoleistungen des Landes an die Kommunen ⁽³⁾	5.312	6.132	5.667	6.074	--
3. Finanzierungssaldo (- = Defizit)	-704	1.361	-1.344	-809	-23.704
4. Schuldenstand ⁽⁴⁾	31.229	43.074	43.002	44.571	--
5. Schuldenstand in v. H. der laufenden Einnahmen	109%	124%	134%	134%	--
6. Laufender Überschuss in v. H. der laufenden Einnahmen (= Cash Flow)	7%	10%	3%	5%	--

Kommunale Finanzlage 2000 - 2010 ⁽¹⁾

	in Mio. EUR				aufgelaufene Summe im Zehnjahres- zeitraum 2001-2010
	2000	2008	2009	2010	
	1. Gesamteinnahmen (ohne bes. Finanzierungsvorgänge)	21.339	26.641	24.928	
2. Gesamtausgaben (ohne bes. Finanzierungsvorgänge)	20.510	24.878	27.476	26.808	--
2.1. Personalausgaben	5.271	6.385	6.715	6.831	--
2.2. Sozialausgaben ^{(5) (6)}	2.865	4.016	4.244	4.484	--
2.3. Zinsausgaben	443	312	294	272	--
2.4. Sachinvestitionen und Erwerb von Beteiligungen	4.059	3.960	5.233	4.057	39.491
3. Finanzierungssaldo (- = Defizit) ⁽⁷⁾	829	1.763	-2.549	-841	-4
4. Schuldenstand einschl. Eigenbetriebe ^{(4) (8)}	12.822	12.741	12.757	13.822	--
5. Schuldenstand in v. H. der laufenden Einnahmen	68%	52%	56%	59%	--
6. Laufender Überschuss in v. H. der laufenden Einnahmen (= Cash Flow)	15%	17%	5%	5%	--

⁽¹⁾ Daten der amtlichen Kassenstatistik (Vierteljahresstatistik) des Statistischen Landes- und Bundesamtes.⁽²⁾ Abrechnungsergebnis, Daten für 2010 vorläufig.⁽³⁾ Daten nach der Abgrenzung des Landeshaushalts; Berechnung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg.⁽⁴⁾ Kommune: Daten der Schuldenstandstatistik des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Land Ba-Wü: Kreditmarktschulden und Schulden bei öffentlichen Haushalten gem. Datenlieferung zur Schuldenstatistik.⁽⁵⁾ Sozialhilfe, Leistungen an Kriegssopfer, Jugendhilfe, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, sonstige soziale Leistungen (Grupp. 73 -79), einschließlich Zahlungen an Arbeitsgemeinschaften zur Erfüllung von Hartz IV.⁽⁶⁾ Brutto ohne Abzug der Erstattungen von Dritten (Land, Bund oder Sozialversicherung), sofern als Einnahme verbucht.⁽⁷⁾ Sonderfaktor in 2009: Der Beteiligungserwerb der Stadt Stuttgart an der LBBW in Höhe von 1 Mrd. € ist darin enthalten.⁽⁸⁾ Schulden ab 2010 inkl. Kassenkrediten.

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft
Baden-Württemberg

Tabelle 2

Finanzlage des Landes 2000 - 2010

	Relation zu den Gesamtausgaben in %			
	2000	2008	2009	2010
1. Personalausgaben	39,2	37,9	39,3	39,3
2. Zinsausgaben	5,3	5,4	4,6	5,1
3. Sachinvestitionen und Erwerb von Beteiligungen	4,2	1,9	2,2	2,4
4. Länderfinanzausgleich	6,5	7,2	4,3	4,8
5. Nettoleistungen des Landes an die Kommunen ⁽¹⁾	17,6	17,8	16,4	17,0
6. Finanzierungssaldo (- = bei Defizit)	-2,3	3,9	-3,9	-2,3
7. Schuldenstand	103,2	125,0	124,4	125,0

Kommunale Finanzlage 2000 - 2010

	Relation zu den Gesamtausgaben in %			
	2000	2008	2009	2010
1. Personalausgaben	25,7	25,7	24,4	25,5
2. Sozialausgaben (Einzelplan 4)	14,0	16,1	15,4	16,7
3. Zinsausgaben	2,2	1,3	1,1	1,0
4. Sachinvestitionen und Erwerb von Beteiligungen	19,8	15,9	19,0	15,1
5. Finanzierungssaldo (- = bei Defizit)	4,0	7,1	-9,3	-3,1
6. Schuldenstand (einschl. Eigenbetriebe)	62,5	51,2	46,4	51,6

⁽¹⁾ Vgl. Fußnote 5 in Tabelle 4.

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft
Baden-Württemberg

Tabelle 3

Finanzlage des Landes 2000 - 2010

	Veränderung in %			Durch- schnitt- liche jähr- liche Ver- änderung in %
	2010/2009	2009/2008	2010/2000	2010/2000
	1. Gesamteinnahmen (ohne bes. Finanzierungsvorgänge)	4,8	-7,3	17,9
2. Gesamtausgaben (ohne bes. Finanzierungsvorgänge)	3,1	0,3	17,8	1,7
2.1. Personalausgaben	3,2	4,1	18,2	1,7
2.2. Zinsausgaben	14,3	-14,2	13,9	1,3
2.3. Sachinvestitionen und Erwerb von Beteiligungen	11,2	20,2	-31,8	-3,8
2.4. Länderfinanzausgleich	13,8	-40,4	-13,4	-1,4
2.5. Nettoleistungen des Landes an die Kommunen ⁽¹⁾	7,2	-7,6	14,3	1,3
3. Finanzierungssaldo
4. Schuldenstand	3,6	-0,2	42,7	3,6

Kommunale Finanzlage 2000 - 2010

	Veränderung in %			Durch- schnitt- liche jähr- liche Ver- änderung in %
	2010/2009	2009/2008	2010/2000	2010/2000
	1. Gesamteinnahmen (ohne bes. Finanzierungsvorgänge)	4,2	-6,4	21,7
2. Gesamtausgaben (ohne bes. Finanzierungsvorgänge)	-2,4	10,4	30,7	2,7
2.1. Personalausgaben	1,7	5,2	29,6	2,6
2.2. Sozialausgaben (Einzelplan 4)	5,7	5,7	56,5	4,6
2.3. Zinsausgaben	-7,3	-5,9	-38,5	-4,7
2.4. Sachinvestitionen und Erwerb von Beteiligungen	-22,5	32,2	0,0	0,0
3. Finanzierungssaldo
4. Schuldenstand (einschl. Eigenbetriebe)	8,3	0,1	7,8	0,8

⁽¹⁾ Vgl. Fußnote 7 in Tabelle 4.

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft
Baden-Württemberg

Tabelle 4

Kommunaler Finanzausgleich (FAG) 2000 - 2010⁽¹⁾

	in Mio EUR			
	2000	2008	2009	2010
1. Finanzausgleichsmasse	5.653	6.630	6.522	7.010
2. Vorwegentnahmen	1.515	1.751	1.740	1.780
3. Schlüsselzuweisungen an Gemeinden	2.210	2.701	2.647	2.911
4. Familienleistungsausgleich	250	330	361	424
5. Kraftfahrzeugsteuerverbund ⁽²⁾	230	229	231	229
6. Sonstige Leistungen nach dem FAG ⁽³⁾	729	1.176	1.164	1.244
7. Summe der Leistungen nach dem FAG	6.862	8.365	8.278	8.907
<i>darunter Ausgleich Verwaltungsstruktur-Reformgesetz</i>	<i>0</i>	<i>295</i>	<i>282</i>	<i>282</i>
8. Leistungen nach Maßgabe des Staatshaushaltsplans ⁽⁴⁾	431	442	418	400
9. Finanzausgleichsumlage (100%)	1.981	2.675	3.030	3.234
10. Nettoleistungen des Landes ⁽⁵⁾	5.312	6.132	5.667	6.074
11. Steuereinnahmen <u>vor</u> Verteilung				
- Land	22.987	28.002	24.733	24.799
- Kommunen	8.456	11.547	9.872	9.974
- Land Anteil in %	73,1%	70,8%	71,5%	71,3%
- Kommunen Anteil in %	26,9%	29,2%	28,5%	28,7%
12. Steuereinnahmen <u>nach</u> Verteilung ⁽⁶⁾				
- Land	16.893	21.012	19.716	20.761
- Kommunen	12.609	16.015	13.784	14.273
- Land Anteil in %	57,3%	56,7%	58,9%	59,3%
- Kommunen Anteil in %	42,7%	43,3%	41,1%	40,7%

	Veränderung in %			Durchschn. jährliche Veränderung in %
	2010/2009	2009/2008	2010/2000	2010/2000
1. Finanzausgleichsmasse	7,5	-1,6	24,0	2,2
2. Vorwegentnahmen	2,3	-0,6	17,5	1,6
3. Schlüsselzuweisungen an Gemeinden	10,0	-2,0	31,8	2,8
4. Familienleistungsausgleich	17,7	9,2	69,6	5,4
5. Kraftfahrzeugsteuerverbund	-1,1	1,2	-0,3	0,0
6. Sonstige Leistungen nach dem FAG	6,8	-1,0	70,5	5,5
7. Summe der Leistungen nach dem FAG	7,6	-1,0	29,8	2,6
8. Leistungen nach Maßgabe des Staatshaushaltsplans	-4,3	-5,3	-7,2	-0,7
9. Finanzausgleichsumlage (100%)	6,7	13,3	63,2	5,0
10. Nettoleistungen des Landes ⁽⁷⁾	7,2	-7,6	14,3	1,3
11. Steuereinnahmen <u>vor</u> Verteilung				
- Land	0,3	-11,7	7,9	0,8
- Kommunen	1,0	-14,5	17,9	1,7
12. Steuereinnahmen <u>nach</u> Verteilung				
- Land	5,3	-6,2	22,9	2,1
- Kommunen	3,5	-13,9	13,2	1,2

⁽¹⁾ Nach der Abgrenzung des Landeshaushalts.

⁽²⁾ Bis 2004 einschließlich Abgeltungsbetrag von 1,5 Mio. EUR für den auf die Kreisstraßen entfallenden Anteil an den Geräte- und Fahrzeugbeschaffungskosten für die gemeinsame Straßenunterhaltung (§ 24 Abs. 4 FAG); ab 2007 einschließlich Zuweisungen des Bundes.

⁽³⁾ Zuweisungen für Schülerbeförderung, Überlassung von Grunderwerbsteuer sowie Überlassung von Gebühreneinnahmen etc. nach § 11 Abs. 3 FAG und dem Ordnungswidrigkeitengesetz, in 2008 einschließlich Ausgleich nach dem Verwaltungsstrukturreformgesetz (VRG) in Höhe von rd. 365 Mio. EUR, in 2009 rd. 352 Mio. EUR, in 2010 rd. 342 Mio. EUR, in 2009 und 2010 einschließlich Förderung der Kleinkindbetreuung nach § 29c FAG in Höhe von 60 bzw. 83 Mio. € (Landesmittel).

⁽⁴⁾ Daten nach dem Vorheft zum Staatshaushaltsplan (nach aktueller Abgrenzung).

⁽⁵⁾ In 2008 einschließlich Ausgleich nach dem VRG in Höhe von rd. 488 Mio. EUR, in 2009 rd. 413 Mio. EUR und in 2010 rd. 402 Mio. EUR.

⁽⁶⁾ Bereinigt um Länderfinanzausgleich, kommunaler Steuerverbund, Kraftfahrzeugsteuerverbund, Überlassung Grunderwerbsteuer, Zweckbindung Feuerschutzsteuer, Familienleistungsausgleich, Landesanteil FAG-Umlage sowie um Befrachtungen des FAG (Abgeltung abgestufter Landesstraßen, Kindergartenfinanzierung einschl. Betreuungsangebote, Krankenhausfinanzierung, Sonderbehördeneingliederungsgesetz, ab 1999 einschl. Auflösung Medizinaluntersuchungsamt Stuttgart und Änderung der Abrechnung bei den Gemeindetierärzten, Meister-BAFöG, Online-Zugriff der Polizei auf Meldedaten), ab 2005 bereinigt um Auswirkungen von Hartz IV.

⁽⁷⁾ Bei Bereinigung der Nettoleistungen um Aufgabenveränderungen (Familienleistungsausgleich, SOBEG, VRG) beläuft sich die Veränderungsrate 2010/2000 auf + 3,0 %.

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft
Baden-Württemberg

Tabelle 5

Nettosteureinnahmen des Landes und der Gemeinden

Jahr	Nettosteureinnahmen ¹⁾			Land Anteile in v.H.	Gemeinden
	Land	Gemeinden Mrd. €	Zusammen		
1970	3,1	2,1	5,2	60,0	40,0
1971	3,6	2,4	6,0	60,3	39,7
1972	4,1	3,0	7,1	58,2	41,8
1973	4,6	3,6	8,2	55,7	44,3
1974	5,1	3,9	8,9	56,6	43,4
1975	5,0	3,9	8,8	56,1	43,9
1976	5,6	4,4	10,0	56,0	44,0
1977	6,3	5,0	11,3	55,6	44,4
1978	6,7	5,3	12,0	56,1	43,9
1979	7,3	5,5	12,9	57,0	43,0
1980	7,8	6,3	14,1	55,2	44,8
1981	7,9	6,3	14,2	55,9	44,1
1982	8,3	6,3	14,6	57,0	43,0
1983	8,6	6,8	15,4	56,0	44,0
1984	8,9	7,2	16,2	55,2	44,8
1985	9,5	7,7	17,3	55,2	44,8
1986	10,1	8,3	18,4	54,9	45,1
1987	10,2	8,5	18,7	54,7	45,3
1988	10,7	8,7	19,4	55,3	44,7
1989	12,0	9,2	21,2	56,7	43,3
1990	12,0	9,5	21,5	56,0	44,0
1991	13,1	10,2	23,2	56,3	43,7
1992	14,3	10,6	24,9	57,3	42,7
1993	15,0	10,7	25,7	58,4	41,6
1994	14,9	10,5	25,4	58,6	41,4
1995	14,8	10,0	24,8	59,8	40,2
1996	14,9	10,5	25,4	58,7	41,3
1997	14,9	10,4	25,3	58,8	41,2
1998	15,9	11,4	27,3	58,2	41,8
1999	16,6	12,2	28,8	57,7	42,3
2000	16,9	12,6	29,5	57,3	42,7
2001	15,9	11,9	27,8	57,2	42,8
2002	15,8	11,4	27,2	58,0	42,0
2003 ²⁾	16,1	11,4	27,6	58,5	41,5
2004	16,5	12,3	28,9	57,3	42,7
2005	16,6	12,3	28,9	57,5	42,5
2006	18,1	13,8	31,9	56,9	43,1
2007	20,5	15,4	35,8	57,1	42,9
2008	21,0	16,0	37,0	56,7	43,3
2009	19,7	13,8	33,5	58,9	41,1
2010	20,8	14,3	35,0	59,3	40,7
2011 ³⁾	21,0	14,9	35,9	58,5	41,5
2012 ^{3) 4)}	21,7	15,8	37,6	57,8	42,2
1970-1979				57,2	42,8
1980-1989				55,6	44,4
1990-1999				58,0	42,0
2000-2009				57,5	42,5
1970-2010				57,3	42,7

1) Steuereinnahmen unter Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs, der Abführungen an den Lastenausgleichsfonds, des allgemeinen Steuerverbunds (23 % der Gemeinschaftsteuern), des Kraftfahrzeugsteuerverbunds, der Überlassung der Grunderwerb- und der Feuerschutzsteuer, des Ausgleichs der Grunderwerbsteuerminderungen, des dem Land verbleibenden Teils der FAG-Umlage (bis 1972 Sachkosten- und Schulumlage) sowie des Familienleistungsausgleichs. Befrachtungen des kommunalen Finanzausgleichs wurden neutralisiert.

2) einschl. Fonds Aufbauhilfe "Hochwasser" beim Land

3) Prognose auf Basis der Steuerschätzung 05/2011

4) Unter Berücksichtigung des Paktes zur Stärkung der Chancengerechtigkeit

Tabelle 6

Kommunaler Investitionsfonds 2012
 Programmübersicht – Aufteilungsvorschlag

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Programmübersicht			Veränderung 2012-2011
		2010	2011	2012	
		Haushalt	3. NT	Vorschlag MFW	
in Mio. EUR					
0702 883 01	kommunale Infrastruktur Teil Feldberg*	3,0			
	Summe MVI	3,0			
0712 883 74	Stadtsanierung *	119,0	118,0	124,0	6,0
	Summe MFW	119,0	118,0	124,0	6,0
0402 883 91 A	Schulhausbau	52,2	67,1	57,6	-9,5
0402 883 91 B	Ganztagsschulen	33,5	33,5	33,5	0,0
0460 883 75	Sportstättenbauförderung	12,0	12,0	12,0	0,0
	Summe KM	97,7	112,6	103,1	-9,5
0803 883 92	Tourismusförderung*	4,6	4,6	5,0	0,4
0803 883 01	Breitbandverkabelung			10,0	10,0
0802 883 81	Landesgartenschauen	0,0	7,0	0,0	-7,0
0803 TG 93	Entwickl. Ländl. Raum	51,9	51,5	45,0	-6,5
	Summe MLR	56,5	63,1	60,0	-3,1
0905 883 01	Behinderteneinrichtungen	7,3	7,3	7,4	0,1
0917 883 73	Gefährdeteneinrichtungen	0,5	0,5	2,0	1,5
0920 TG 71	Altenhilfe Folgeprogramm		1,5	1,5	0,0
0920 TG 70	Altenhilfeeinrichtungen	45,0			
0922 TG 91	Krankenhausfinanzierung	329,5	357,0	402,0	45,0
	Summe SM	382,3	366,3	412,9	46,6
0702 883 01	kommunale Infrastruktur Teil Staufen*	2,0			
1005 TG 83	Wasserversorgung	13,0	13,0	13,0	0,0
1005 TG 84	Abwasserbeseitigung	41,0	41,0	41,0	0,0
1005 TG 85	Wasser- und Kulturbau	42,5	43,0	43,0	0,0
1006 883 84	Abfallwirtschaft	1,0	1,0	1,0	0,0
1005 883 89	Altlastenfonds	15,0	15,0	20,0	5,0
1007 883 83	Kommunale Umweltprojekte	6,0	6,0	6,0	0,0
	Summe UM	120,5	119,0	124,0	5,0
1205 883 72 C	Fremdenverkehrs- lastenausgleich	6,0	6,0	6,0	0,0
Summe KIF		785,0	785,0	830,0	45,0

* bis 2011: WM